

An das
Präsidium des Nationalrates
E-Mail: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
1017 Wien

Wien, 17. November 2010

BETRIFFT: Stellungnahme der BAGS zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Behinderteneinstellungsgesetz, das Bundesbehindertengesetz und das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz geändert werden
GZ: BMASK-40101/0014-IV/2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

die BAGS bezieht als Interessenvertretung der Anbieter gesundheitlicher und sozialer Dienste gerne wie folgt Stellung zu o.a. Gesetzesentwürfen:

Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass der besondere Kündigungsschutz das intendierte Ziel – nämlich Menschen mit Behinderung den Zugang zu Erwerbstätigkeit zu gewährleisten – vielfach ins Gegenteil verkehrt hat und oftmals zu Einstellungshemmnissen führte. Wir begrüßen daher grundsätzlich die Absicht, die ursprüngliche Zielsetzung und deren Erreichung wieder in den Mittelpunkt zu rücken und erfolgreichere Maßnahmen zu überlegen und zu prüfen.

Gleichzeitig muss aber angemerkt werden, dass ein temporäres Aussetzen des besonderen Kündigungsschutzes nicht automatisch zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Situation bei der Einstellung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen führt. Die vorläufig dreijährige Aussetzungsfrist sollte daher für detaillierte Analysen und Evaluierungen in Bezug auf die Auswirkungen in der Praxis genützt werden und die Ergebnisse in ein neues, umfassendes Konzept einfließen.

Ähnlich ist die Situation bei den Änderungen zur Ausgleichstaxe. Auch hier ist die geplante Erhöhung grundsätzlich positiv zu sehen. Allerdings lassen die Erfahrungen aus der Vergangenheit bereits erwarten, dass das Ausmaß der Erhöhung nicht weit genug greift, um für Unternehmen tatsächlich einen Anreiz zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung zu schaffen und damit die gewünschte Wirkung zu erzielen. Die Herausforderung der Zukunft wird daher sein, beide Maßnahmen (Kündigungsschutz und Ausgleichstaxe) gemeinsam mit neuen Ansätzen in einem stimmigen und erfolgversprechenden Gesamtkonzept zusammen zu führen und ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu formulieren.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass die BAGS und ihre Mitgliedsorganisationen bei der Erarbeitung von Zukunftskonzepten für den Gesundheits- und Sozialbereich gerne ihr Fachwissen und ihre Expertise zur Verfügung stellen und erklären hiermit noch einmal das ausdrückliche Interesse an einer produktiven Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Dir. Wolfgang Gruber
Vorstandsvorsitzender



Mag.(FH) Erich Fenninger
Schriftführer

Elektronisch gefertigt